

„Ich lasse mir nicht den Mund verbieten“

Landwirtschaft Der Bauernverband wirft BESH-Chef Rudolf Bühler „Unterstellungen und böswillige Diffamierungen“ vor allem bei den Themen Bauernrente und Glyphosat vor. *Von Norbert Acker*

Die harte Kritik, die beim dritten Bauerntag der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH) am Bauernverband geäußert worden ist (wir berichteten), kommt dort nicht gut an. Völlig unpassend sei es, dass jährlich zu Lichtmess „eine Fülle von Lügen und Diffamierungen über den Bauernverband und seine Vertreter insbesondere durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Rudolf Bühler und seine Gastredner ausgeschüttet werden“. Das ist einer Pressemitteilung zu entnehmen, die Klaus Mugele, Vorsitzender des Bauernverbands Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems, veröffentlicht hat. „Böswillig wird der Verband als Handlanger der ‚Agro- und Chemieindustrie‘ und des Großkapitals dargestellt“, so der Landwirt aus Forchtenberg. „Mit populistischen Reden wird ein Klassenkampf beschworen, der nicht mehr angebracht ist.“ Beispielfähig habe Bühler den Bauernverband auch als Mitschuldigen dafür bezeichnet, dass die landwirtschaftliche Rente so niedrig sei.

„Bühlers Forderung ist legitim, jedoch politisch weltfremd und hochgradig populistisch.“

Klaus Mugele
Vorsitzender des Bauernverbands

Bühler hatte in seiner Rede unter anderem gefordert, der Staat solle wie bei Arbeitern und Angestellten 50 Prozent der Rente übernehmen. Bei den Koalitionsverhandlungen habe man sich auf eine Grundrente und eine Mütterrente geeinigt, doch davon werde die Bauernschaft nicht profitieren. „Wird der Bauernverband auch hier wieder sagen: Bauern brauchen das nicht, Bauern brauchen nur eine Teilren-

te?“, fragte Bühler sein Publikum in Wolpertshausen. „Bisher habe ich noch nichts gehört. Wo ist denn unsere berufsständische Vertretung? Schläft die denn?“

Bühlers Forderung nach einer Verdoppelung der landwirtschaftlichen Rente aus Steuermitteln sei legitim, „jedoch politisch weltfremd und populistisch“, schreibt Mugele. „Sie wirkt geradezu zynisch, wenn auf der gleichen Versammlung Ertragsverluste und betriebliche Mehrkosten durch Zwangsökologisierung und Verbote von Pflanzenschutz gefordert werden“, so Mugele. Jahr für Jahr sei erheblicher, bis jetzt auch erfolgreicher, politischer Einsatz des Bauernverbands erforderlich, um Kürzungen der Bundesmittel für die Sozialversicherung zu verhindern.

Viele arbeiten konventionell

In jedem Redebeitrag beim Bauerntag ist darüber hinaus die erneute Zulassung und Nutzung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat, das in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzt wird, kritisiert worden. Die allermeisten Betriebe der BESH würden konventionell arbeiten, schreibt Mugele, sie setzen Düngemittel und Pflanzenschutzmittel ein. „Es ist verwunderlich, wie von der Spitze einer Vermarktungsorganisation Forderungen an die Politik ergehen, den Einsatz notwendiger Pflanzenschutzmittel zu verbieten, die von den eigenen Mitgliedern eingesetzt werden“, ergänzt Bauernverbands-Geschäftsführer Helmut Bleher.

Anstatt das „Totalherbizid“ Glyphosat auszubringen, das Pflanzen und Lebewesen in den oberen Bodenschichten töte, solle sich die Landwirtschaft auf den klassischen Ackerbau zurückbesinnen, hatte Bühler beim Bauerntag gefordert. „Insekten, Bienen und Vögel sterben einen schleichenden und lautlosen Tod durch eben dieses Glyphosat und die über 49 000 Tonnen Pestizi-

de, die jahrein, jahraus in unserer Natur versprüht werden“, so Bühler. Vor zehn Jahren seien es noch 35 000 Tonnen gewesen.

„Man muss nur wieder den Pflug einspannen und klassischen Ackerbau betreiben.“

Rudolf Bühler
Chef der BESH

Als „grobe Beleidigung aller Landwirte in der Region“ sehe der Bauernverband „die ständigen Angriffe ... auf die konventionelle Landwirtschaft“. Es sei „unerträglich, wie Landwirten, die ihre Betriebe auf immer mehr Ökologie und Nachhaltigkeit ausrichten, Umwelt- und Bodenausbeutung, das Insekten- und Vogelsterben und eine Gefährdung der Bürger vorgeworfen wird“, so Bleher. Ohne die moderne Landwirtschaft könnten keine sieben Milliarden Menschen auf der Welt ernährt werden. Der Bauernverband fordere Bühler auf, „sich künftig an Fakten zu halten und Diffamierungen zu unterlassen“. „Wenn er seinem Lichtmessmotto getreu ‚Gemeinsam Zukunft gestalten‘ will, muss er den Kollegen der landwirtschaftlichen Organisationen mit Respekt begegnen“, so Mugele.

Rudolf Bühler, der am Montag einen Vortrag zum Thema Bauernrechte vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York gehalten hat, ficht die Kritik nicht an. „Der Verband täte gut daran, sich unseren Forderungen anzuschließen für eine auskömmliche Rente“, schreibt Bühler auf Nachfrage per Mail. „Stattdessen ist das Leitbild noch immer die Teilrente, dazu vermittelt der Verband lieber private Rentenversicherungen.“ Es sei ein Fakt, dass die gesetzliche Durchschnittsrente der Bauern nur 466 Euro betrage. Und beim Thema Glyphosat sei es so, dass man „leicht darauf verzichten“ könnte. „Man muss nur wieder den Pflug einspannen und klassischen Ackerbau betreiben“, schreibt der BESH-Chef. Er unterstreicht außerdem nachdrücklich: „Ich lasse mir vom Bauernverband nicht den Mund verbieten.“

Bei aller Kritik lobt der Bauernverband aber auch die wirtschaftlichen Leistungen der Bäuerlichen, insbesondere die Wertschöpfung durch die Vermarktung herausragender Produkte der angeschlossenen Bauernhöfe auf Basis der harten Arbeit der Bauernfamilien. Einig sei man sich mit der BESH auch darin, dass die Landwirtschaft in der Region von der Kaufkraft einer zunehmend ernährungs- und umweltbewussten Käuferschicht profitieren könnte.



Rudolf Bühler bei seiner Rede zum Bauerntag in Wolpertshausen. Er und die anderen Redner sind bei der BESH-Veranstaltung hart mit dem Bauernverband ins Gericht gegangen. *Foto: Ufuk Arslan*



Beim Bauerntag der BESH an Lichtmess am vergangenen Freitag in der Mehrzweckhalle Wolpertshausen waren wie auch in den Jahren zuvor Vertreter des Bauernverbands Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems zugegen. Rechts Vorsitzender Klaus Mugele, neben ihm Geschäftsführer Helmut Bleher. *Foto: Norbert Acker*

Eine Bio-Musterregion Hohenlohe wird's nicht geben

Aus der am 30. November vergangenen Jahres beim Landwirtschaftsministerium abgegebenen Bewerbung des Bauernverbands Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems, der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall, der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau und der Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohe auf Förderung als „Bio-Musterregion Hohenlohe“ (wir berichteten) ist nichts geworden. Den Zuschlag haben die Landkreise Bodensee, Konstanz, Ravensburg, Heidenheim (gemeinsam mit

Gemeinden des Ostalbkreises) und der Enzkreis bekommen.

Das Ziel dieses Projekts ist die Ausweitung des ökologischen Landbaus. „In einer sehr konstruktiven und fruchtbringenden Erarbeitungsphase haben sich die beteiligten Organisationen auf gemeinsame Ziele geeinigt und Schnittmengen entdeckt, die auf eine sehr gute Zusammenarbeit hoffen lassen“, hieß es damals in einer Pressemitteilung des hiesigen Bauernverbands. „Auch wenn in der Öffentlichkeit die Unterschiede in

der Ausrichtung der Partner noch im Vordergrund stehen, sind sich deren Vertreter einig, dass die Landwirtschaft viel mehr verbindet, als trennt.“ Sein Verband bedaure nun, dass die Region nicht als Bio-Musterregion ausgewählt wurde, sagt Klaus Mugele, Vorsitzender des Bauernverbands Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems auf Nachfrage. „Wir werden wegen den Beweggründen der Jury aber nicht nachbohren“, so Mugele. Vielmehr wolle man sich „den vor uns liegenden aktuellen Themen“ zuwenden. *noa*

Kommentar
Norbert Acker
zum Streit der Bauern



Sie gehören an einen Tisch

Der jetzt offen ausgetragene Konflikt zwischen Bauernverband und BESH-Chef Rudolf Bühler zeigt vor allem eines: Bei dem Ende vergangenen Jahres eingegangenen Bündnis für eine Bio-Musterregion (siehe Kasten) hat es sich um eine rein zweckgebundene Kooperation gehandelt. Die Gräben zwischen konventioneller Landwirtschaft und Bauernverband auf der einen, und ökologischer und bäuerlicher auf der anderen sind wei-

ter tief. Sei es in sozialen Fragen oder beim Thema Unkrautvernichtung und Düngemittel. Wir Verbraucher können das aber nicht gebrauchen, zumal der Wunsch nach einer Wende in der Agrarpolitik auch in der breiten Öffentlichkeit vorhanden ist. Daher gehören die beiden Kontrahenten an einen Tisch, um gemeinsam für neue Wege für nachhaltig produzierte Lebensmittel, faire Preise und eine gerechte Altersversorgung für die Landwirte zu kämpfen.